



Öffentliche Bekanntmachung
des Kreises Plön

Lfd.Nr./Jahr
14 /2007

Veröffentlichungsdatum:
15.03.2007

Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages am 07. September 2006 , 17.00 Uhr, Plön, Kreishaus, Kreistagssitzungssaal

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete Arp, Hans-Hugo, Arp, Johanna, Benecke, Biemann, Boll, Bredereck-Mallas, Buhmann, Busch-Laurinck, Dirschauer, Dreßler, Ehmke, Dr. Ellendt, Dr. Freundt-Malecha, Gehrke, Grotzki, Prof. Dr. Haensel, Hansen, Bettina, Hansen, Thomas, Hartke, Hilker, Hohnheit, Jahn, Janz, Jessen, Kähler, Kalinka, Killig, Köhler-Arp, König, Korbmacher, Kord-to-Krax, Leyk, Maroses, Michaelsen, Dr. Niedermeier-Lange, Ohl, Plambeck, Schlauderbach, Schlünsen, Schreiber, Schulz-Giese, Schwalbe, Selchow, Sönnichsen, Tams, Thielscher, Dr. Thies, Vexer, Wohlgethan.

Es fehlen entschuldigt die Kreistagsabgeordneten Bussenius, Hagen, Rusch und Dittkuhn. Die Kreistagsabgeordneten Köhler-Arp und Schlünsen kommen später.

1. Eröffnung und Begrüßung

Kreispräsident Kalinka eröffnet um 17.05 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er begrüßt die anwesenden Gäste.

Zu Beginn der Kreistagssitzung wird durch Frau Schneekloth als der Kreisvorsitzenden des Kreislandfrauenverbandes Plön eine neue Erntekrone übergeben. Frau Schneekloth bedankt sich, dass auch dieses Jahr wieder eine Erntekrone als Symbol der Dankbarkeit übergeben werden darf, macht dies doch die Verbundenheit des Kreises mit den Landfrauen deutlich. Die Krone ist diesmal im Rahmen des 20jährigen Jubiläums des Naturparks Holsteinische Schweiz gebunden worden. Frau Schneekloth stellt fest, dass ein Großteil der Ernte Dank des guten Wetters problemlos eingebracht werden konnte. Mangelnde Ertragsmengen wurden durch eine gute Qualität wettgemacht. Hinsichtlich der Produktionsbedingungen macht sie deutlich, dass durch die Entkopplung der Flächenprämie und die Modulation durch die EU für viel Sprengstoff bei der Diskussion in den Dörfern gesorgt ist. So müssen durch den Landwirt 19 verschiedene Standards beachtet werden. Bei einem Verstoß der Cross Compliance werden durch das Amt für ländliche Räume Kürzungen der Flächenprämien verfügt. Das Land hat mit der Abschaffung vieler Erlasse und Verordnungen das gesunde

Augenmaß der Menschen vor Ort in den Kreisen in den Vordergrund gestellt. Anschließend erläutert die Vorsitzende die Aktion „Der gesunde Pausenapfel“.

Kreispräsident Kalinka bedankt sich bei den Landfrauen. Abschließend erläutert die Vorsitzende des Lütjenburger Ortsverein das Zustandekommen der diesjährigen Erntekrone.

Kreispräsident Kalinka stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß mit Ladung vom 25.08.2006 einberufen worden ist.

Er verpflichtet den neuen Kreistagsabgeordneten Horst Thielscher durch Handschlag und führt ihn in die Tätigkeit ein.

Bei der Eröffnung des Kreistages sind von den 53 Kreistagsabgeordneten 47 anwesend. Der Kreistag ist beschlussfähig.

Zum Protokollführer wird Kreisamtmann Leja bestellt.

Zur Tagesordnung werden folgende Anträge unterbreitet:

KTA Hilker beantragt, den TOP 12 in zwei Unterpunkte zu gliedern, nämlich in 12 a (Förderkulisse EU-Programme Ziel 3) und 12 b (Zukunftsprogramm ländliche Räume). KTA Biemann beantragt für die SPD-Fraktion, den TOP 18 öffentlich zu beraten und erweitert diesen Antrag auf die Tagesordnungspunkte 13, 15, 16 und 17. KTA Thomas Hansen beantragt für die CDU-Fraktion, die TOP 13, 15, 16 und 17 ohne Aussprache zu behandeln. Dieser Antrag der CDU-Fraktion wird auf die TOP 6, 7, 8, 10 und 11 erweitert. Nach Diskussion verständigen sich die KTA, die TOP 6, 10 und 11 ohne Aussprache zu behandeln und die TOP 13, 14, 15, 16, 17 öffentlich und ohne Aussprache zu behandeln. Über den TOP 18 wird öffentlich beraten.

Der nachfolgenden Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt:

in öffentlicher Sitzung

02. Einwohnerfragestunde
03. Niederschriften über die Sitzungen des Kreistages am 15.05.2006 und 08.06.2006
04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen
05. Vorschläge des Kreises Plön für die Wahl von zwei Vertrauensleuten und zwei Vertretern / Vertreterinnen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit
06. Berufung eines Vertreters der Jagdgenossenschaften in den Jagdbeirat
07. Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung der Aufgaben der Kfz-Zulassung für Fahrzeuge aus den Gemeinden des Amtes Bokhorst auf die Stadt Neumünster
08. Winterbetrieb der Fördeschiffahrt: Abschluss einer Vereinbarung mit der SFK für den Zeitraum 2006/07
09. Nachtragshaushaltssatzung 2006
10. Haushaltsvollzug 2005
hier: Über- und außerplanmäßige Ausgaben Gesamtdarstellung
11. Entscheidung über die Kostenträgerschaft und die Linienführung der Nebenstrecke zur A 21, Abschnitt Stolpe – Nettelau
12. Neustrukturierung der Fördermöglichkeiten für den Kreis Plön für den kommenden Förderzeitraum 2007 – 2013
13. Dringlichkeitsbeschluss zur Entscheidung über die Vergabe i.S. Stromlieferung

in nichtöffentlicher Sitzung

14. Nachlassangelegenheit (Regerstiftung):
 - 14.1 Änderung der Stiftungssatzung zur Verwendung eines Nachlasses
 - 14.2 Sachstandsbericht/Verkauf eines Grundstückes
in öffentlicher Sitzung
15. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Preetz für das Wirtschaftsjahr 2005
16. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des „Hauses am Kloostergarten“, Alten- und Pflegeheim des Kreises Plön in Preetz, für das Wirtschaftsjahr 2005
17. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Rettungsdienstes Kreis Plön für das Wirtschaftsjahr 2005
18. Vorschläge zur dauerhaften Sicherung von Klinik Preetz und APH „Haus am Kloostergarten“
 - Ergänzungsvorlage zur Vorlage 43/05
19. Nachlassangelegenheit (Regerstiftung):
 - Benennung von Mitgliedern des Stiftungsrates
20. Antrag der UWG-Fraktion:
 - Antrag zur Verwaltungsstrukturereform und Gebietsreform
21. Mitteilungen und Anfragen

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Klaus Bauer führt aus, er habe in der Vergangenheit widersprüchliche Zeitungsberichte über die Klinik Preetz gelesen und eine Unruhe bei den verbleibenden Mitarbeitern verspürt. Er bitte Landrat Dr. Gebel um die Beantwortung der Frage: Wie stelle er sich den Fortbestand der Klinik vor und ob er sich aus seiner Sicht vorstellen könne, dass die Klinik erhalten bleibt. Landrat Dr. Gebel spricht sich für den Erhalt der Klinik unter den gegenwärtigen Organisationsstrukturen aus. Die Frage müsse eigentlich an die Politik weitergereicht werden. In der letzten Hauptausschuss-Sitzung haben sich alle Fraktionen für einen Fortbestand der Klinik ausgesprochen. Fraglich ist die künftige Organisationsform. Zurzeit liegen 7 Vorschläge vor und erst vor wenigen Minuten ist ihm der letzte und achte Antrag vorgelegt worden. Er wünsche sich einen Beschluss der Politik, mit dem die Mitarbeiter der Klinik leben können.

Der Bürgermeister der Stadt Preetz Herr Wolfgang Schneider fragt die Fraktionen des Kreistages nach ihrer Verantwortung. Beantwortet wird die Frage von den KTA Thomas Hansen, Biemann, Grotzki, Jahn und Dr. Thies, die jeweils die Haltung ihrer Fraktion zur Klinik in Preetz und dem Alten- und Pflegeheim deutlich machen

Herr Frank Kastner stellt fest, dass ein erfolgreiches Management nur möglich ist, wenn die Entscheidungskompetenzen bei der Klinik liegen, dass die Verwaltung bislang keine Chance hatte, selber Entscheidungen zu treffen und ob es nicht möglich wäre, so seine Frage an die Fraktionen, der Verwaltung der Klinik die erforderlichen Kompetenzen einzuräumen. Die Verantwortung, so KTA Thomas Hansen, liege zumindest bei den handelnden Personen. Die

bisherigen Strukturentscheidungen haben nicht zu dem Erfolg geführt, sodass auch andere Möglichkeiten eines Fremdmanagements zu prüfen sind. KTA Schreiber erklärt für die SPD, dass kein Wechsel im Management für notwendig erachtet wird. Bisherige Fehler sind weder der Verwaltung, noch der Politik zuzurechnen. Die Ursachen sind der Struktur im Gesundheitswesen zuzurechnen. Eine schlanke Geschäftsführung und eine schlanke Selbstverwaltung verkürzen die Entscheidungswege. KTA Grotzki möchte keine Schulddebatte führen und lehnt es ab, wenn dem Kreistag Kompetenzen genommen würden. KTA Dr. Thies stellt fest, dass eine völlige Loslösung von Selbstverwaltung und Verwaltung nicht möglich ist. Zur Erhaltung von Klinik, APH und Rettungsdienst müssen die notwendigen Maßnahmen unter der Berücksichtigung der Rahmenbedingungen getroffen werden. KTA Jahn stellt die positiven Merkmale der Klinik und des APH heraus.

Frau Hermann fragt KTA Thomas Hansen, warum er privates und privatorientiertes Management hinzuziehen wolle. KTA Thomas Hansen stellt für seine Fraktion fest, dass es in der jetzigen Diskussion ausschließlich um die Klinik und nicht um Rettungsdienst und APH geht. Handlungsbedarf besteht nur bei der Klinik, um positive wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen.

Herr Hottke stellt an KTA Thomas Hansen die Frage, seit wann die CDU daran denkt, einen anderen Klinikbetreiber einzubinden und wer zu diesem Punkt beraten hat. KTA Thomas Hansen stellt heraus, dass hierüber schon seit längerem nachgedacht würde. Fremde Beratung sei hierfür nicht erforderlich.

Frau Belau fragt die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und die SPD, wie diese die Zukunftssicherungsmodelle der Verwaltung für die Klinik Preetz, das APH „Haus am Klostergarten“ und den Rettungsdienst als Unternehmensziele bewerten. KTA Grotzki erklärt für ihre Fraktion, dass die Vorschläge der Verwaltung mitgetragen würden und sich daran nichts geändert habe. KTA Biemann stellt für die SPD-Fraktion fest, dass die vorangehenden Richtungsbeschlüsse und die Verwaltungsvorlage jetzt umgesetzt werden sollten.

Frau Bremer möchte von Landrat Dr. Gebel wissen, ob die Umstrukturierung zu einer gGmbH für alle drei Einrichtungen gelten soll. Landrat Dr. Gebel erklärt, dass die bisherigen Überlegungen zur Umstrukturierung sich ausschließlich auf die Klinik Preetz bezogen haben. Inwieweit die letzte Vorlage hiervon abweicht, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht bewertet werden.

Frau Rath fragt die CDU-Fraktion und Landrat Dr. Gebel, ob der Artikel der Kieler Nachrichten vom 20.11.2003 erinnert würde, wonach die Sana-Kliniken nach anfänglichen Erfolgen seit 2000 Defizite zu verzeichnen hätten. Ein unabhängiger Gutachter hätte auch für die Zeit von 2004 bis 2007 erhebliche Verluste ermittelt. Frau Rath fragt, ob diese Zahlen bekannt sind. Landrat Dr. Gebel erklärt, dass diese Zahlen nicht bekannt sind. Bekannt sei jedoch, dass durch das private Management in den Häusern der Sana-Gruppe zusätzlich erhebliche Kosten zu erwirtschaften sind. Soweit die Klinik Preetz ein Management von Sana bekäme, würde dies zusätzliche Kosten möglicherweise in Höhe des derzeitigen Defizites bedeuten.

Um 18.15 Uhr wird die Einwohnerfragestunde beendet.

3. Niederschriften über die Sitzung der Kreistage am 15. Mai und 08. Juni 2006

Auf Antrag des KTA Jahn wird dem TOP 4.1 der 18. Sitzung der Satz hinzugefügt „Ebenso dankt er der CDU für ihre Haltung“. Weitere Einwände gegen die beiden Niederschriften werden nicht erhoben.

Stimmenverhältnis : einstimmig bei 2 Enthaltungen

4. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen

Ausschuss für Schule, Kultur und Sport:

Für die zurückgetretene Frau Ruffert schlägt die SPD-Fraktion Herrn Horst Thielscher als Vertreter vor.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus:

Die SPD-Fraktion schlägt für das bürgerliche Mitglied Herrn Horst Thielscher den KTA Herrn Horst Thielscher vor.

Jugendhilfeausschuss:

Die SPD-Fraktion schlägt für die zurückgetretene Frau Ruffert als Nachfolger Herrn Ralv Wohlgethan als Mitglied vor.

Frauenpolitischer Beirat:

Für die zurückgetretene Frau Ruffert wird als Vertreter Herr Walter Rieken gewählt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass die UWG:

- für den Hauptausschuss KTA Hans-Hugo Arp als Mitglied und KTA Dr. Thies als Vertreter,
- für den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport KTA Dr. Thies als Mitglied und KTA Hans Hugo-Arp als Vertreter
- und für den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus Herrn Holger Pape als bürgerliches Mitglied und KTA Hans-Hugo Arp als Vertreter benannt hat.

5. Vorschläge des Kreises Plön für die Wahl von zwei Vertrauensleuten und zwei Vertretern / Vertreterinnen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Der Kreistag schlägt als Vertrauensleute Frau Helga Jessen und Herrn Wolfgang Gehrke sowie als deren Vertreterinnen Frau Anneliese Schwalbe und Frau Monika Büschleb-Block vor.

Stimmenverhältnis: einstimmig

6. Berufung eines Vertreters der Jagdgenossenschaften in den Jagdbeirat

Herr Hans Stoltenberg wird als Mitglied einer Jagdgenossenschaft durch den Kreistag zum Mitglied des Jagdbeirates benannt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

7. Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung der Aufgaben der Kfz-Zulassung für Fahrzeuge aus den Gemeinden des Amtes Bokhorst auf die Stadt Neumünster

KTA Grotzki erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage und hebt die finanziellen Auswirkungen hervor. So wird mit der Übertragung der Aufgabe ein Gebührenausschlag in Höhe 36.400,- € geschätzt. Hinzu kommt ein möglicher finanzieller Ausgleich an Neumünster und Kosten für notwendige technische Maßnahmen.

Landrat Dr. Gebel erklärt, dass die angestrebte Lösung bürgerfreundlich und ökologisch wäre. Ökologisch, weil die Fahrstrecke zur Zulassung nach Neumünster für den Personenkreis erheblich kürzer ist.

KTA Jahn moniert, dass das Klientel, welches im Amt Bokhorst wohnt und in Plön arbeiten würde, eine längere Fahrstrecke nach Neumünster hat.

KTA Dr. Thies macht deutlich, dass der Kreis Plön durch die Abgabe dieser Aufgabe dabei ist, sich weg zu rationalisieren. Dennoch halte er die angestrebte Lösung für die Bürger für nützlich.

KTA Thomas Hansen hält es in Übereinstimmung mit dem Landrat für richtig, Aufgaben der Zulassung für den Bereich des Amtes Bokhorst an die Stadt Neumünster zu geben, hält es jedoch für schlüssig, dass die Abgabe an Neumünster Auswirkungen auf die Soll-Stärke der Mitarbeiter der Zulassungsstelle haben müsse.

Landrat Dr. Gebel macht deutlich, dass die Zulassung für den Amtsbereich 4,3 % der Geschäftsvorfälle unserer Zulassung ausmacht und dass die Mitarbeiter hier mit jeweils 11.577 Fahrzeugen landesweit einen Spitzenplatz in der Bearbeitung einnehmen. KTA Biemann stellt fest, dass der Kreis auf 40.000,- € Einnahmen verzichten würde.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Kreis Plön trifft mit der Stadt Neumünster die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß § 18 GkZ über die Übernahme der Aufgaben nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) durch die Stadt Neumünster und die Übernahme der Zuständigkeiten des Landrates des Kreises Plön durch den Oberbürgermeister der Stadt Neumünster nach § 68 Abs. 1 StVZO i.V.m. § 2 der Straßenverkehrsrechts-Zuständigkeitsverordnung für Zulassungsangelegenheiten der Fahrzeughalterinnen und –halter, die in den dem Amt Bokhorst angehörigen Gemeinden Bönebüttel, Großharrie, Rendswühren, Schillsdorf und Tasdorf ansässig sind.

Stimmenverhältnis: 42 ja-Stimmen, 4 nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

8. Winterbetrieb der Fördeschiffahrt: Abschluss einer Vereinbarung mit der SFK für den Zeitraum 2006/07 bis 2008/09

KTA Dr. Thies bittet die Verwaltung um Klärung, ob es nicht möglich ist, die Leerfahrten der SFK im Rahmen des Winterverkehrs auch für den Personentransport zu nutzen. Diese Frage wird durch die Verwaltung mit der SFK abgestimmt; abschließend wird hierzu in HA und KT berichtet.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Kreis Plön schließt mit der Schlepp- und Fährgesellschaft Kiel mbH (SFK) die der Vorlage 70/06 beiliegende Vereinbarung über die Bezuschussung des Winterfährverkehrs auf der Kieler Förde für die Winter 2006/07 bis 2008/09 ab.

Stimmenverhältnis: einstimmig mit einer Enthaltung

9. Nachtragshaushaltssatzung 2006

KTA Leyk schlägt als Vorsitzender des Hauptausschusses die Vorlage der Verwaltung so zur Beschlussfassung vor. Die Beschlussvorlage ist nach den Vorgaben des Innenministerium als Kommunalaufsicht alternativlos. Landrat Dr. Gebel weist daraufhin, dass mit dem TOP 18 möglicherweise ein ausgabenwirksamer Beschluss gefasst wird. Hierfür gibt es keinen Titel, auch stehen die Kosten einer externen Untersuchung in der Höhe nicht fest. KTA Dreßler beschreibt die Vorgaben des Landes als Souveränsverlust und weist die Schuld an der aktuellen Situation diesem und den vorherigen Kreistagen zu. Hierzu macht er Ausführungen zum jetzigen Schuldenstand mit der katastrophalen Entwicklung und der pro Kopf Verschuldung. KTA Thomas Hansen stellt heraus, dass es dem Land schwerlich zustehe, den Kreisen Vorgaben zu machen, insbesondere, weil man auch dort nicht in der Lage ist, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Der Zukunftsinvestition „Radwegbau“ ist bislang eine hohe Priorität eingeräumt worden. Diese Maßnahmen dürfen nicht ins Stocken kommen, Planungen hierzu müssen weiterlaufen, die eigentlichen Bauarbeiten jedoch dürfen erst nach Vorlage eines entsprechenden Nachtragshaushaltes umgesetzt werden. KTA Schlünsen stellt für die SPD-Fraktion fest, dass dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt würde. Durch das Schieben in die folgenden Jahre würde jedoch der Spielraum für ein Handeln immer kleiner werden. KTA Jahn stellt in Frage, ob im Kreis an jeder Straße ein Radweg gebaut werden könne. Der frühere Beweggrund zum Radwegbau, die Schulwegsicherung, ist zwischenzeitlich von touristischen Gründen überholt worden. Die Hälfte der bisherigen jährlichen Veranschlagungen sollten auf die Hälfte reduziert werden. Das Geld würde zurzeit dringender woanders gebraucht werden. KTA Korbmacher stellt für die Gemeinde Nehnten fest, dass dort mit dem Radwegbau schon begonnen wurde und derzeit unfallträchtige Baumstümpfe im Bereich der Trassenführung für Gefahr sorgen. Auch sollten die Standards für den Radwegbau überdacht werden, um ggf. preisgünstiger bauen zu können. Die Fragen werden durch die Verwaltung geprüft und beantwortet. KTA Dr. Thies stellt fest, dass der Radwegbau für seine Fraktion eine wichtige Sache ist. Den Kommunalaufsichtsbehörden von Land und Kreis spricht er Dank für geforderte Kürzungen in den Haushalten des Kreises und seiner Gemeinden aus.

Beschluss

Für den Haushalt 2006 und zukünftige Haushaltsjahre wird festgelegt, dass für den Bereich der Zuschüsse für Schulbaumaßnahmen die Förderung auf vier Jahre gestreckt wird. Im übrigen beschließt der Kreistag des Kreises Plön die vorgelegte 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Plön für das Jahr 2006 mit folgenden Änderungen:

Hinsichtlich der Änderungen wird auf die Anlage 1 der Vorlage 69/06 verwiesen.

Stimmenverhältnis: 48 ja-Stimmen, 1 nein-Stimme

10. Haushaltsvollzug 2005, hier: Über- und außerplanmäßige Ausgaben Gesamtdarstellung

Beschluss:

Kenntnisnahme über die insgesamt im Haushaltsjahr 2005 beantragten und bewilligten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt i.H.v. 205.484,50 € und im Vermögenshaushalt i.H.v. 293.721,13 €

Stimmenverhältnis: einstimmig

11. Entscheidung über die Kostenträgerschaft und die Linienführung der Nebenstrecke zur A 21, Abschnitt Stolpe – Nettelau

Beschluss:

Der Kreis unterstützt die Gemeinde Stolpe in ihrer Forderung, dass parallel zur künftigen A 21 eine Nebenstrecke für den nicht autobahnfähigen Verkehr hergestellt wird, und zwar zu Lasten des Bundes und des Landes als Verursacher.

Eine eventuelle Übernahme einer derartigen Nebenstrecke als Kreisstraße wird abgelehnt.

Der Kreis empfiehlt die Wahl einer möglichst kostengünstigen Trasse für die Nebenstrecke.

Stimmenverhältnis: einstimmig

12. Neustrukturierung der Fördermöglichkeiten für den Kreis Plön für den kommenden Förderzeitraum 2007 – 2013

Der TOP 12 ist einstimmig hinter den TOP 18 verschoben worden und dann gem. § 22 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Plön nicht mehr behandelt worden.

13. Dringlichkeitsbeschluss zur Entscheidung über die Vergabe i.S. Stromlieferung

Beschluss

Dem Vergabevorschlag der KUBUS GmbH, die ausgeschriebenen Leistungen zur Lieferung von elektrischer Energie an die E.On Hanse AG, Schleswig-Hein-Gas-Platz 1, 25452 Quickborn zu vergeben, wird zugestimmt.

Stimmenverhältnis: 43 ja-Stimmen, 4 nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

TOP 14 wird nach TOP 19 behandelt.

15. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Preetz für das Wirtschaftsjahr 2005

Beschluss:

1. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Preetz werden als verbindlich festgestellt.

2. Ein Betrag von 359 T - € ist aus der Gewinnrücklage zu entnehmen.

3. Der Jahresabschluss 2006 ist durch die Verwaltung der Klinik Preetz zu erstellen. Die Prüfung des Jahresabschlusses soll nach einem noch durchzuführenden Auswahl- und Vergabeverfahren durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgen. Das Ergebnis des Vergabeverfahrens ist dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Verwaltung wird nach Abschluss des Auswahlverfahrens ermächtigt, dem Landesrechnungshof gemäß § 10 Kommunalprüfungsgesetz – KPG – vom 01.04.1996 i. V. m. Artikel 6 Nr. 11 und Artikel 9 Nr. 5 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 25.06.2002 die im Verfahren ausgewählte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bezüglich der Prüfung des Jahresabschlusses vorzuschlagen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

16. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des „Hauses am Kloostergarten“, Alten- und Pflegeheim des Kreises Plön in Preetz, für das Wirtschaftsjahr 2005

Beschluss

1. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung 2005 des „Hauses am Kloostergarten“ werden als verbindlich festgestellt.
2. Der in 2005 erzielte Jahresüberschuss von € 126.439,15 und der Ergebnisvortrag von € 66.378,94 sollen in Höhe von € 100.000,00 in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Der verbleibende Betrag von € 92.818,09 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.
3. Der Jahresabschluss 2006 ist durch das Amt für Kreiseinrichtungen zu erstellen. Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Auswahl- und Vergabeverfahren hinsichtlich der Auswahl einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einzuleiten. Das Ergebnis des Vergabeverfahrens ist dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Verwaltung wird nach Abschluss des Auswahlverfahrens ermächtigt, dem Landesrechnungshof gemäß § 10 Kommunalprüfungsgesetz – KPG – vom 01.04.1996 i. V. m. Artikel 6 Nr. 11 und Artikel 9 Nr. 5 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 25.06.2002 die im Verfahren ausgewählte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bezüglich der Prüfung des Jahresabschlusses des APH „Haus am Kloostergarten“ vorzuschlagen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

17. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Rettungsdienst Kreis Plön für das Wirtschaftsjahr 2005

Beschluss:

- „1. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des Rettungsdienstes Kreis Plön für das Wirtschaftsjahr 2005 werden als verbindlich festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von € 71.366,18 wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben auf den nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag angerechnet. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von € 787.746,37 wird entsprechend der Vereinbarung mit den Kostenträgern im Jahr 2006 weiter zurückgeführt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, sich dem Ergebnis des im Laufe des Jahres 2006 von der Klinik Preetz durchzuführenden Auswahlverfahrens für die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 anzuschließen und die daraus resultierende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu

beauftragen. Das Ergebnis des Vergabeverfahrens ist – wie bei der Klinik Preetz - dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen

Stimmenverhältnis: einstimmig

TOP 18 wird nach dem nichtöffentlichen Teil behandelt.

19. Nachlassangelegenheit (Regerstiftung):
Benennung von Mitgliedern des Stiftungsrates

Beschluss

Der Kreistag beruft gemäß § 8 Absatz 1 der Stiftungssatzung der Susanne und Dr. Klaus Reger Stiftung

als Vertreter/in des Plöner Kreistages

1.KTA Prof. Dr. Haensel

2.KTA Dr. Thies

3 KTA Rusch

als Vertreter/in der Kreisverwaltung

4. Frau Oberamtsrätin Marianne Schreier und

5. Herrn Oberstudiendirektor Klaus Gruitrooy

in den Stiftungsrat der Susanne und Dr. Klaus Reger Stiftung.

Stimmenverhältnis: einstimmig

Kreispräsident Kalinka gibt bekannt, dass keine Gäste mehr im Raum sind und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Kreispräsident Kalinka gibt die Beschlüsse zu TOP 14 bekannt

14. Nachlassangelegenheit (Regerstiftung):
Änderung der Stiftungssatzung zur Verwendung eines Nachlasses
Sachstandsbericht/Verkauf eines Grundstückes

Beschluss:

Die zu gründende »Susanne und Dr. Klaus Reger Stiftung« erhält eine Satzung in der vorliegenden, von der Verwaltung aufgrund der Hinweise der Genehmigungsbehörde aktualisierten Fassung. Die Verwaltung wird ermächtigt, eventuelle spätere Hinweise des Landes, soweit sie formaler und nicht grundsätzlicher Natur sind, einzuarbeiten und die Errichtung der Stiftung weiter voranzutreiben.

Bei grundsätzlichen, Inhalt und/oder Sinn der Satzung berührenden Änderungen sind die Gremien erneut zu beteiligen.

Der Sachstand zur Nachlassangelegenheit Reger wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 19.40 Uhr bis 20.10 Uhr.

18. Vorschläge zur dauerhaften Sicherung von Klinik Preetz und APH „Haus am Klostergarten“

KTA Maroses erläutert zu Beginn den Beratungsverlauf. Zusammenfassend stellt er fest, dass die wirtschaftliche Situation durch die Betriebsergebnisse seit 2003 dokumentiert ist. Nach Sicht der Verwaltung sind strukturelle Entscheidungen erforderlich. Hierzu gehöre die baldige Ansiedlung von Facharztpraxen (das Ärztehaus), der Ausbau der Psychiatrie, Kooperation mit anderen Leistungsanbietern (UK S-H), Dienstleistungs-gesellschaft und Rechtsformwechsel. In den fünf Beschlussvorschlägen sind diese Punkte zusammengefasst. Basis sind die umfangreichen und ausführlichen Vorlagen. Nicht strittig war im Fachausschuss:

- Es ist unbedingt zu handeln.
- Ein „weiter so“ kann es nicht geben.
- Bei einer Beibehaltung der bisherigen Strukturen ist der Bestand der Klinik Preetz mit 520 Arbeitsplätzen des Amtes 30 gefährdet.
- Die Dringlichkeit ergibt sich auch aus dem Bestand der Rücklagen.

Im Fachausschuss wurden die Beschlüsse zum Rechtsformwechsel und einem Überleitungstarifvertrag, zur Anbindung von Facharztpraxen, der Zusammenarbeit mit der Psychatrium-Gruppe und zur Dienstleistungsgesellschaft gefasst. Der Beschlussvorschlag, Kooperationsverhandlungen mit dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) aufzunehmen und der Antrag der CDU, Verhandlungen mit den Sana-Kliniken aufzunehmen, fanden im Fachausschuss keine Mehrheit. Alle Fraktionen haben sich im Gesundheitsausschuss dafür ausgesprochen, dass ein Verkauf der Einrichtung nicht vorgesehen ist, es sollte in der Trägerschaft des Kreises bleiben.

KTA Leyk erläutert die im Hauptausschuss gefassten Beschlüsse:

- Alle Fraktionen sprechen sich einvernehmlich dafür aus, die Klinik Preetz in der Trägerschaft des Kreises zu halten.
- zu einer Anbindung von Facharztpraxen durch den Bau eines Ärztehauses,
- zu Gesprächen mit der Psychatrium-Gruppe über eine mögliche Ausweitung,
- Kooperationsverhandlungen mit dem Uni-Klinikum S-H. aufzunehmen und
- Prüfung einer Wahrnehmung der Geschäftsführung der Klinik durch andere professionelle Klinikbetreiber

Der Vorsitzende des Hauptausschuss bittet, den im Hauptausschuss gefassten Beschlüssen zuzustimmen.

KTA Thomas Hansen stellt für die CDU-Fraktion heraus, dass im vierten Jahr mit zunehmender Tendenz „rote Zahlen“ geschrieben werden. In 2006 wird die Klinik Preetz nach dem Wirtschaftsplan einen Verlust von 400.000,- € erwirtschaften. Hierin sind nicht die Tarifsteigerungen in Höhe 360.000,- € enthalten. Ziel ist es, für den Kreis eine bestmögliche medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten. Der Gedanke eines Managements von außen ist

von Klinik und Klinikleitung verständlicherweise heftig bekämpft worden. Was anderswo funktioniert, könne in Preetz nicht von vornherein abgelehnt werden. Den damaligen Entscheidungen zur Gynäkologie und zur Einstellung eines Oberarztes für die Visceral-Chirurgie ist nur unter Bedenken zugestimmt worden. Die Zusagen der Klinikleitung, durch die getroffenen Maßnahmen die wirtschaftliche Situation in den Griff zu bekommen, ist erkennbar bis heute nicht eingetreten. Verantwortlich für den Misserfolg ist in erster Linie die Klinikleitung; durch den KT können nur Strukturentscheidungen getroffen werden, wie sie jetzt anstehen. Bevor Entscheidungen durch den KT getroffen werden, die zu Arbeitszeitverlängerungen und Gehaltskürzungen führen, bedarf es der Abwägung auch anderer Optionen zum Rechtsformwechsel. In dem gemeinsamen Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der UWG ist ein solcher Prüfauftrag aufgenommen. Zu Beginn dieses Antrages steht, dass Klinik Preetz, APH und Rettungsdienst als organisatorische Einheit beim Kreis bleiben sollen. Ein Rechtsformwechsel ist durch eine externe Unternehmensberatung zu prüfen. Ebenfalls ist die Wahrnehmung der Geschäftsführung bzw. des Klinikmanagements durch andere professionelle Klinikbetreiber zu prüfen und unter Einbeziehung der externen Unternehmensberatung konkrete Verhandlungen zu führen. Hinsichtlich der weiteren Punkte wird auf die Ausführungen von Herrn Maroses verwiesen. Abschließend wird auf die bedrückende Einseitigkeit des Personalrates hingewiesen.

KTA Schreiber betont, dass die Klinik Preetz, das APH und der Rettungsdienst als organisatorische Einheit erhalten bleiben müssen. Den Grundsätzen, wie die Gewährleistung einer wohnortnahen Versorgung, dem Erhalt der Arbeitsplätze und der Forderung, dass alle drei Einrichtungen wirtschaftlich arbeiten, wird sich sicherlich jeder der KTA anschließen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Entscheidung letztlich beim Kreis als Träger bleiben muss. Künftige Entscheidungen müssen schnell getroffen werden; auch müssen Einsparungen erzielt werden, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Die hier formulierten Ziele finden sich am besten in der Verwaltungsvorlage wieder. So ist die Gründung einer gGmbH notwendig und zukunftsweisend. Eine Geschäftsführung und ein Aufsichtsrat begründen als ein schlankes Gremium kürzere Wege. Als funktionierendes Beispiel verweist er auf die Lebenshilfe, wo schnelle Entscheidungswege garantiert sind. Letztlich ist eine gGmbH auch notwendig, um Einsparungen im Bereich der Personalkosten zu erzielen. Mittelfristig ist es erforderlich, dass auch das Personal im Zuge eines Notlagentarifvertrages einen Beitrag leisten muss. Wenn dann zukünftig wieder gute Ergebnisse erzielt werden, gilt wieder der Tarifvertrag. Die jetzt notwendigen Einschnitte gelten nicht dauerhaft. In keinem Fall wird Kritik an der jetzigen Leitung des Krankenhauses gesehen. Es besteht keine Notwendigkeit, Private in die Leitung der Klinik hineinzuholen. Er weiß nicht, wie eine andere Klinikleitung das Defizit ausgleichen könne, als mit den Maßnahmen, die die jetzige Klinikleitung umgesetzt bzw. geplant hat. Die Einführung eines Dienstleistungsvertrages wird skeptisch gesehen, würde doch bei den unteren Lohngruppen, die sowieso schon wenig verdienen, gekürzt. Diskutiert werden müsse jedoch über ein solches Modell. Die SPD-Fraktion hat immer eine einvernehmliche Lösung angestrebt, um die Klinik dauerhaft an die Trägerschaft des Kreises zu binden. Grundlage hierfür muss die Verwaltungsvorlage sein.

KTA Bredereck-Mallas schickt voraus, dass sie die nachfolgenden Ausführungen als fachpolitische Sprecherin für Gesundheit ihrer Fraktion macht und nur ausschließlich über diese Dinge rede. Die Klinik habe gerade als kleine Einrichtung gute Voraussetzungen, dennoch habe sie momentan Probleme. Durch die Verwaltung sind Vorschläge hierzu gemacht worden, um diese Probleme zu stabilisieren. Hierfür wird der Verwaltung ausdrücklich

gedankt; ihr wird volles Vertrauen ausgesprochen. Sie stellt bildlich die derzeitige Situation der Klinik dar und hofft, dass in 2009 die Probleme überstanden sind, weil dann die Höhe der Fallpauschalen bundeseinheitlich geregelt sind und dieses eine Erhöhung der Pauschalen für das Land Schleswig-Holstein bedeutet. Aus diesem Grund ist durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen letzten Freitag ein Antrag „Zukunftsprogramm Klinik Preetz“ eingereicht worden. Hieran schlossen sich Verhandlungen mit der CDU an. Auf dieser Grundlage sind die Antragspunkte entstanden, die gemeinsam mit CDU und UWG vorgestellt werden. In der Folge stellt die KTA Bredereck-Mallas die Schwerpunkte des gemeinsamen Antrages heraus. Ein Dienstleistungsvertrag ist im Moment nicht erforderlich, weil die geschätzten Einsparungen über einen Notlagentarifvertrag eine solche Option derzeit nicht erforderlich machen. Voraussetzung für die erfolgreiche Umwandlung des Städtischen Krankenhauses in Kiel in eine GmbH war die grundsätzliche Einigkeit zwischen Selbstverwaltung, Verwaltung und Mitarbeitern über die Richtung des Weges und sie bittet auch für die Klinik Preetz, das APH und den Rettungsdienst um eine solche Einigkeit.

KTA Jahn stellt fest, dass die CDU nicht bereit sei, Verantwortung zu übernehmen. Mit der absoluten Mehrheit hätte sie eine Gestaltungs- und keine Verhinderungsmehrheit. Wohl wären dort gute Vorsätze, es würden jedoch keine Entscheidungen getroffen. Auch die FWG will keine Privatisierung. Für den Fall, dass es zu einer Privatisierungs-Debatte komme, würde schon jetzt ein Bürgerentscheid gefordert. Ein Beschluss für eine gGmbH wird heute gefordert. Er ist, wie der Notlagentarifvertrag, eine zukunftssichernde Option. Voraussetzung für ein Geschäftsführermodell wäre ein Rechtsformwechsel, den so keiner hier will. Das Amt 30 von einem Geschäftsführer zu lenken, ist nicht vorstellbar. Ein privater Betreiber könne auch keine anderen Entscheidungen treffen, wie sie hier getroffen werden können. Dem Antrag auf die Ansiedlung von Facharztpraxen wird zugestimmt, soweit der eigene Antrag scheitert. Zustimmung findet die Erweiterung der Psychatrium-Gruppe genauso wie die Kooperationsmöglichkeiten mit der Uni-Klinik. KTA Jahn weist hier, wie zu den anderen Punkten, auf die Nuancen in den Formulierungen hin. Die Grundzüge und Richtlinien müssen hier abgestimmt werden, die Arbeit der Verwaltung gehöre jedoch nicht hierher. Wichtig ist, dass heute Entscheidungen getroffen werden.

KTA Dr. Thies spricht sich für den Erhalt der Klinik Preetz aus und dass sie langfristig auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Überlebenschance hat. Durch die auf Bundes- und Landesebene festgelegten Rahmenbedingungen sind die Gestaltungsmöglichkeiten des Kreises eher als eingeschränkt zu beurteilen. Unabdingbare Kriterien für ein Vorgehen sind ein sorgfältiges und verantwortungsbewusstes Vorgehen, sowie Bürgernähe, Sachorientiertheit und Sparsamkeit. KTA Dr. Thies erläutert die Einzelpunkte des gemeinsamen Antrages und führt hierzu aus, dass die einzelnen Vorschläge von einer externen Gesundheitsfirma beurteilt werden müssen. In die Entscheidungsfindung sollen professionelle Experten eingebunden werden. Anstelle des von der FWG ins Spiel gebrachten Bürgerentscheides wird ein Bürgerbegehren angeraten.

Landrat Dr. Gebel bedankt sich bei Frau Bredereck-Mallas, dass sie die Leistung der Klinikleitung anerkenne. Dieses wäre konsequent, sind doch in den zurückliegenden 7 Jahren, solange ist Herr Böltig in der Klinikleitung, dessen Vorlagen immer einstimmig beschlossen worden. Es ist empörend, wenn in Fragestunden insinuiert wird, dass ein unfähiges Management nichts getan hat und immer mehr Schulden angehäuft hat. Ohne die Vorschläge von Klinikleitung und Mitarbeitern wäre der Verlust nicht 400.000,- €, sondern 700.000,- oder 800.000,- € groß, das Defizit wäre sehr viel größer. Jetzt indirekt zu sagen, hier wäre

eine unfähige oder nicht so fähige Truppe tätig ist nicht angemessen. Es müsse hingekriegt werden, die Klinik als Essential des Kreises zu halten. Um die bürgernahe Versorgung zu erhalten, müsse plus/minus 0 erreicht werden. Fast alle Vorschläge des gemeinsamen Papiers entsprechen den Vorschlägen der Verwaltung, leider ist jedoch nicht alles genommen worden. Der Klinik Preetz geht es derzeit schlecht, weil es ein relativ kleines Haus ist. Insofern ist es nicht mit Rendsburg zu vergleichen, das 600 Betten hat. Ohne die bessere Ausstattung des geburtshilflichen Bereiches und der Visceral-Chirurgie wäre die Klinik noch weiter geschrumpft. Die Krankenkassen würden nur darauf warten, wenn Kliniken aufgelöst würden. Darüber hinaus würden „Sana-Kliniken“ nur darauf warten, wenn andere Kliniken vom Markt verschwinden. Nicht umsonst wird nicht mit dem Städtischen Krankenhaus, sondern mit der Uni-Klinik eine Kooperation angestrebt, weil dadurch mehr Kompetenz erworben wird. Dieser Vorschlag habe selbst im Gesundheitsausschuss keine Mehrheit bekommen. Bei 70 % Personalkostenanteil ist die Höhe des Budgets entscheidend, das von den Kassen zugebilligt wird. Wenn die Personalkosten stärker gestiegen sind als das Budget, könne man nichts machen. Als gGmbH könnte der Kreis sofort mit den Gewerkschaften über einen Notlagentarifvertrag verhandeln, dies ist bis jetzt verhindert worden. Im Interesse des Erhalts der gesamten Einrichtung müssen alle zu einer Dienstleistungsgesellschaft ja sagen. In einer 30-seitigen Vorlage sind alle Vorschläge der Verwaltung ausführlich begründet worden. Die Verwaltung ist enttäuscht, dass sie nicht die Möglichkeit erhält, diese Vorlage umzusetzen. Sich das Management eines Mitbewerbers ins Haus zu holen, ist nicht sinnvoll, dieser hätte eine doppelte Loyalität und kein Interesse, die Klinik Preetz dauerhaft am Markt zu halten. Sobald die Basis-Fallwerte angehoben werden, ist das Defizit begrenzt. Zu einem weiteren Abbau des Defizits gehört, höher dotierte Stellen durch geringer dotierte zu ersetzen. In diesem Zusammenhang ist es nicht in Ordnung, wenn den Verantwortlichen die Chance verwehrt wird. Ein Gutachten durch eine externe Unternehmensberatungsgesellschaft wird mindestens 30 – 50.000,-€ kosten. Trotz Hinweis zum Nachtragshaushalt wurde es nicht aufgegriffen, eine solche Haushaltsstelle einzustellen. Für ein externes Management wäre genauso viel zu zahlen, wie das Defizit hoch ist. Letztlich ist die Frage zu stellen, was in einem solchen Fall mit dem vorhandenen Personal gemacht wird. Kritisch müsste dann gesehen werden, welche Unternehmensberatung beauftragt wird. Abschließend stellt er zu den Vorwürfen, die CDU-Fraktion habe nicht mit dem Krankenhauspersonalrat sprechen können fest, dass auf Grund des Personalvertretungsgesetzes keine politischen Parteien oder Fraktionen Zugang zu Personalversammlungen haben.

Die Personalratsvorsitzende der Klinik Preetz, Frau Gehrau, berichtet, dass der Personalrat noch vor der Sommerpause in einem Brief an alle Fraktionen seine Positionen zu den vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung dargestellt hatte. Für die zwischenzeitlich geäußerte klare Position aller Fraktionen, die Klinik in der Trägerschaft des Kreises zu behalten, bedanken sich alle Mitarbeiter. Seit längerer Zeit sind eine Vielzahl positiver Maßnahmen umgesetzt worden, die von der Verwaltung, aber auch aus dem Kreis der Mitarbeiter gekommen sind. Beispiele hierfür sind:

- Einrichtung der zentralen Aufnahme,
- Einführung der 5,25 Tage-Woche,
- die Umsetzung des Forplan-Gutachtens,
- pers. Neubesetzungen in der Gynäkologie,
- Erweiterung der Visceral-Chirurgie und
- die Einführung der 5,75 Std.-Woche im APH.

In der Folge stellt auch Frau Gehrau die einzelnen Punkte der Verwaltungsvorlage heraus. Zum Schluss macht sie deutlich, dass eine Prüfung des jetzigen Managements durch Außenstehende ein erster Schritt zum Ausverkauf ist. Horrende Geschäftsführergehälter müssten von den Mitarbeitern erwirtschaftet werden. Wo soll dieses Geld bei 70 % Personalkosten herkommen. Auch ein Blick in andere Kreise zeige, dass eine Geschäftsführung von außen nicht besser ist, als das bisherige eigene Management. So wurde in Nordfriesland der Versuch einer Geschäftsführung über die Sana-Gruppe wieder rückgängig gemacht. Hier müsse die Konvergenz-Phase bis 2009 überstanden werden; dabei wollen die Mitarbeiter die Einrichtungen wieder in schwarze Zahlen bringen.

KTA Hohnheit drückt ihre Enttäuschung zu dem bisherigen Beratungsverfahren aus. Während im Fachausschuss in einem konstruktiven Dialog eine beste gemeinsame Lösung gesucht wurde, hat die CDU im Hauptausschuss die Tür kompromisslos zugemacht und damit die öffentliche Diskussion losgetreten. Es müsse jedoch eine Lösung gefunden werden, die die Balance zwischen einer sozialverträglichen Belastung der Mitarbeiter und einer wirtschaftlichen und dauerhaften Sicherung gewährleistet.

KTA Jessen macht deutlich, dass nicht über den Verkauf der Klinik gesprochen wird. Falsch ist auch, dass die CDU kein Vertrauen in die Klinik habe, wohl müsse möglicherweise einiges geändert werden. Ziel ist es, die Klinik länger als zwei bis drei Jahre weiterbestehen zu lassen. Gekürzt werden müsse unten und oben.

KTA Grotzki hinterfragt, warum man bei gleicher Zielrichtung nicht zustimmen könne, warum es nicht möglich ist, konstruktiv weiter zu überlegen, wie bis spätestens Ende des Jahres die Angelegenheit vom Tisch ist. Auf Nachfrage von Landrat Dr. Gebel erklärt Frau Grotzki, dass die jetzt gemeinsam eingebrachte Vorlage weitestgehend identisch ist mit der Verwaltungsvorlage. Der KTA Jahn stellt heraus, dass zur Zeit der Punkt zwei des gemeinsamen Antrages strittig ist. Während nach dem gemeinsamen Antrag eine externe Unternehmensberatung einen Rechtsformwechsel prüfen soll, hält die SPD daran fest, hierfür die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO zu beauftragen. Diese Fragen sollten in einer Sitzungsunterbrechung abgestimmt werden.

KTA Biemann beschreibt eine Verweigerungshaltung der CDU aus der Vergangenheit. Eine neue Begutachtung würde nur wieder Geld kosten. Grundlagen, wo es hingehen muss, sind durch die Verwaltungsvorlage gesetzt. So würden 50.000,- bis 100.000,- € ausgegeben, obwohl die Grundlagen durch die Verwaltung vorliegen und letztlich die gleichen Ergebnisse erzielt werden. KTA Thomas Hansen zeigt die Unterschiede von Überleitungstarifvertrag und Notlagentarifvertrag auf und macht hierzu deutlich, dass die Verwaltung einen Notlagentarifvertrag mit entsprechenden Einschnitten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fordere, während die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Überleitungstarifvertrag mit einer Besitzstandswahrung vorziehen. Es wäre unrealistisch, so auch der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein, dass die Basis-Fallrate in 2009 angehoben würde. Es müssten nämlich dann andere Bundesländer etwas hergeben. Hiervon, von diesem Wunschdenken, könne jedoch nicht ausgegangen werden. Nach der Verwaltungsvorlage sollte die Gründung der gGmbH von der Medio Deutsche Warentreuhand begleitet werden. Auch dieses wäre mit zusätzlichen Kosten verbunden, da auch die Medio dieses nicht umsonst machen würde. Im übrigen müsse das Krankenhaus jedes Jahr 230.000,- € für die zentralen Dienstleistungen, die der Kreis erbringt, nach dort abführen. Auch würde mit der Ansiedlung von Facharztpraxen Konkurrenz ins eigene Haus geholt.

Frau Reese-Brauers äußert sich bestürzt über die jetzige Diskussion um die Klinik in Preetz und sieht insbesondere eine Verschlechterung der weiblichen Beschäftigten. Die Erfahrung habe gezeigt, dass trotz aller Zusagen die Tarifsicherung des Öffentlichen Dienstes verloren geht. Es wäre künftig die Möglichkeit eröffnet, mit 400,- € - Jobs zu arbeiten, was in dieser Form im öffentlichen Dienst verboten ist. Aus diesem Grund muss die Trägerschaft des Kreises Plön erhalten bleiben. Auch muss ein Blick zur demografischen Entwicklung gemacht werden; der Anteil der Frauen wird sich künftig erhöhen. Die Grund- und Regelversorgung für die Region könne keine bessere Einrichtung als die Klinik Preetz mit den hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anbieten. Auf die jetzigen Führungskräfte nochmals ein Top-Management draufzusetzen, ist nicht zu leisten; wenn man mit der jetzigen Leitung nicht einverstanden ist und das Misstrauen nicht ausgeräumt werden kann, müsse man sich von ihnen trennen, was ganz viel Geld kosten wird. Gesundheit erfordere mehr als das Erreichen von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen.

KTA Schlünsen stellt als wesentlichen Punkt das Vertrauen zur Klinikleitung heraus. Dieser Punkt wird in der CDU-Fraktion unterschiedlich diskutiert. Auf Grund der aktuellen Mehrheiten, die CDU hat derzeit keine absolute Mehrheit, könnten sinnvolle Beschlüsse gefasst werden. Wesentlicher Punkt ist die Einrichtung der gGmbH. Jede andere professionelle Leitung würde keine andere Maßnahme durchführen. Der jetzigen Leitung wird das Vertrauen ausgesprochen. Ihr müsse jetzt auf dem weiteren Weg geholfen werden. Der Ansatz der CDU, jetzt weiter zu schieben, zu zögern, keine Entscheidung zu treffen und zusätzliche Kosten zu verursachen, ist verkehrt.

KTA Dr. Ellendt stellt heraus, dass bei einer Privatisierung von anderen ein Schreckgespenst gemalt würde. Sana und Paracelsus sind große Klinikbetreiber, die Arbeitsplätze sichern können. In der sozialen Marktwirtschaft dürfen auch Private Kliniken betreiben. Ein Privater ist nicht der Böse, wie ein öffentlicher Betreiber nicht der Gute ist, wie es hier vermittelt würde. An der öffentlichen Trägerschaft festzuhalten, ist dem Gesundheitssystem im Kreis Plön angemessen, dennoch müssen Modelle des Managements und der Finanzierung untersucht werden, die langfristig eine Trägerschaft des Kreises ermöglichen. Eine Entscheidung könne nur nach reiflicher Überlegung getroffen werden, wenn die Alternativen in einer Synopse dargestellt sind. Dem Modell, das dann am meisten geeignet ist, wird die CDU dann auch zustimmen. Eine Privatisierung komme als wesentliche Festlegung nicht in Frage. Auf die Zwischenfrage von KTA Biemann stellt KTA Dr. Ellendt fest, dass mit der Bezeichnung der Sana-Kliniken und anderen Betreibern das Spektrum der Führung ausgelotet werden sollte, mit der auch künftig eine Trägerschaft des Kreises möglich ist.

Landrat Dr. Gebel meint, dass es auch privat betriebene leistungsfähige Kliniken und Alten- und Pflegeheime gebe, dass es jedoch verkehrt wäre, einen Geschäftsführer einzustellen, der in Abhängigkeit zu einem Privaten steht. Sana ist ein potenzieller Mitbewerber, unter dem die Klinik Preetz nicht die erste, sondern die zweite „Geige spielen“ würde. Bei der BDO sind für die Klinik die Daten als Grundlage vorhanden. Hier wäre nur ein Kurzgutachten erforderlich, das erheblich billiger wäre, als wenn ein anderes externes Unternehmen hiermit befasst würde. Bei einem Überleitungstarifvertrag würden alle vorübergehend Abzüge hinnehmen müssen; ein Notlagentarifvertrag würde nicht angestrebt. Die Mitarbeiter der Klinik mit dem Personalrat würden hinter dem Vorschlag der Verwaltung stehen. Auf die Zwischenfrage der KTA Jessen wiederholt Landrat Dr. Gebel, dass das städtische Krankenhaus in Kiel der wichtigste Mitbewerber in der Region ist und das hiermit nicht verhandelt werden könne. Das UK S-H ist insofern kein Mitbewerber, weil gegenüber der

Klinik in Preetz völlig unterschiedliche Leistungsniveaus bestehen. Gegen Sana habe er nur etwas in der Nachbarschaft im eigenen Patienteneinzugsbereich. Ein von Sana bezahlter Geschäftsführer hätte eine doppelte Loyalität. Wenn in zwei Jahren keine ausgeglichene Situation geschaffen ist, kann keiner garantieren, ob die Klinik so in dieser Form erhalten bleibt.

KTA Biemann hinterfragt die Ernsthaftigkeit der Beratung und ist enttäuscht über die Abkehr von Bündnis 90/Die Grünen. Auch sind die anstehenden Kosten nicht verifiziert worden. Eine gewaltige Tragweite ist, dass eine Ausschreibung europaweit erfolgen muss. Er bittet, zu dem sauberen Beschluss des Gesundheitsausschusses zurückzukehren, an dem Monate gearbeitet wurde.

Der Antrag des KTA Jahn auf Sitzungsunterbrechung wird mit 16 ja-Stimmen, 22 nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

KP Kalinka stellt fest, dass der gemeinsame Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG der weitestgehende Antrag ist. Aus der darauffolgenden Diskussion wird mit der erforderlichen Mehrheit eine Sitzung des Ältestenrates beantragt.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 22.50 Uhr bis 23.13 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt Kreispräsident Kalinka mit, dass im Einvernehmen durch den Ältestenrat zum TOP 18 über die nachfolgenden Punkte abgestimmt wird:

1. Der Kreis wird auch zukünftig eine eigene Klinik betreiben. Die Klinik Preetz, das Alten- und Pflegeheim „Am Klostergarten“ und der Rettungsdienst sollen wie bisher eine organisatorische Einheit bilden.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei einer Enthaltung

2. Die Einrichtungen des Kreises Plön werden in eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Voraussetzung ist, dass diese gGmbH tarifgebunden ist (TvöD/Tarifvertrag für Ärzte mit dem Marburger Bund).

Stimmenverhältnis: 19 ja-Stimmen, 28 nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Wahrnehmung der Geschäftsführung bzw. des Klinikmanagements durch andere professionelle Klinikbetreiber zu prüfen und dazu konkrete Verhandlungen zu führen. Die Gespräche sind unter Einbeziehung des beauftragten externen Beratungsunternehmens zu führen. Über die Verhandlungsergebnisse ist den Selbstverwaltungsgremien spätestens im Dezember 2006 ein abschließender Bericht zu geben.

Stimmenverhältnis: 28 ja-Stimmen, 19 nein-Stimmen, 1 Enthaltung

4. Es wird eine externe Unternehmensberatung im Gesundheitswesen beauftragt, einen Rechtsformwechsel zu einer gGmbH zu prüfen. Dazu sind die unterschiedlichen Alternativen einschließlich ihrer finanziellen Auswirkungen für die Mitarbeiter und den Kreis als Träger der Einrichtungen darzustellen. Nach Vorbereitung durch die Verwaltung wird der Hauptausschuss über das von der Verwaltung zu beauftragende Unternehmen entscheiden. Es ist dem Hauptausschuss laufend Bericht zu erstatten. Die endgültige Entscheidung über

einen Rechtsformwechsel fällt der Kreistag in seiner Sitzung im Dezember 2006 nach Abschluss der Prüfungen.

Stimmenverhältnis: 28 ja-Stimmen, 6 nein-Stimmen, 14 Enthaltungen

5. Die Verwaltung wird beauftragt, durch infrastrukturelle Maßnahmen die Integration von Facharztpraxen auf dem Klinikgelände zu ermöglichen.

Stimmenverhältnis: 35 ja-Stimmen, 12 Enthaltungen

6. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Psychatriumgruppe / Ameos Verhandlungen über eine mögliche Ausweitung des Bereiches Psychiatrie zu führen.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei einer Enthaltung

7. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem UK S-H über die Möglichkeiten einer Kooperation zu führen und nach Befassung im Gesundheitsausschuss dem Hauptausschuss einen entsprechenden Vertragsentwurf zur Entscheidung vorzulegen.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei einer Enthaltung

21. Mitteilungen und Anfragen

Der KTA Biemann fordert den Kreispräsidenten auf, künftig sein Abstimmungsverhalten deutlich zu machen.

Kreispräsident Kalinka schließt die Sitzung des Kreistages um 23.25 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Kreispräsident

gez. Leja
Protokollführer